



AUTORIN



Christina Boll

Senior Researcher im HWWI

Tel: 040 - 34 05 76 - 668

FAMILIENPOLITIK

Weihnachten im Spätsommer

Insbesondere Frauen beschleichen dieser Tage weihnachtliche Glücksgefühle ob der schier unglaublichen Fülle familien- und frauenpolitischer Wahlgeschenke, mit denen sich bundesdeutsche Parteien derzeit in ihren Programmen zur anstehenden Bundestagswahl gegenseitig überbieten. In seltener parteiübergreifender Einmütigkeit ist da vom Abbau jeglicher Kita-Gebühren bei gleichzeitigem Quantensprung in der Betreuungsqualität zu lesen. Doch damit nicht genug: Die In-Aussicht-Stellung von Frauenquoten in Aufsichtsräten von 40 % (SPD) bzw. gar 50 % (Bündnis 90/Die Grünen) verleiht Frauen-Karriereträumen einen fast schon revolutionären Schub. Da ist es nur konsequent, auch mit geschlechtsspezifischen Lohndifferenzialen ein für allemal aufzuräumen: durch staatlicherseits veranlasste Lohnmessungen bei Unternehmen (SPD) oder doch zumindest durch „freiwillige Lohntests nach Schweizer Vorbild“, wie es die CDU/CSU verspricht – letzteres allerdings nicht, ohne zugleich den Hausfrauen-Müttern (der Gerechtigkeit halber) das ersehnte Betreuungsgeld spätestens ab 2013, vielleicht auch schon früher, zuzusagen – sozusagen als Prämie für Krippenverzicht.

Die Politik hat die Familien entdeckt: Diese sind nicht nur für jede Geldspritze dankbar und sei sie noch so klein; mit Familienpolitik lassen sich auch vortrefflich große Emotionen stimulieren. Denn eigentlich wollen ja alle dasselbe: glückliche Kinder, glückliche Eltern, ein solides Fundament einer erfolgreichen Gesellschaft.

Doch der Teufel steckt im Detail. Es macht einen ordnungspolitischen Unterschied, ob

das Geld, das gute Kitas kosten, durch noch mehr Staatsverschuldung, durch Steuern der Allgemeinheit oder durch Gebühren der Eltern aufgebracht wird. Es macht einen gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Unterschied, ob die Potenziale heranwachsender wie bereits erwachsener Menschen genutzt oder vernachlässigt, ob Teilhabechancen eröffnet oder verwehrt werden. Und es macht einen Unterschied für die morgige Armuts-Statistik, ob sich das heutige Familieneinkommen durch die Strategie „Kind plus zuhause Bleiben“ oder durch „Kind plus Erwerbstätigkeit“ maximieren lässt.

Der letztgenannte Unterschied lässt sich in Euro beziffern, wie eigene Berechnungen zeigen: Die Lohneinbußen, die eine Frau mit abgeschlossener Lehre gegenüber einer gleich gebildeten Referenzfrau ohne Unterbrechung erleidet, wenn sie geburtsbedingt für sechs Jahre aus dem Erwerbsleben ausscheidet, summieren sich – je nach Geburtszeitpunkt – allein bis zum 46. Lebensjahr der Frau auf rund 180 000 bis 200 000 Euro.

Die vorliegenden Parteiprogramme sind einseitig leistungslastig, und das – wie in diesen Zeiten nicht anders zu erwarten – zu Gunsten der Wählerinnen und Wähler. Durch versprochene Erhöhungen von Kindergeld und Kinderfreibeträgen, die Einführung von Betreuungsgeld und die Verbreiterung des Elterngeld-Nutznießerkreises werden bereits bestehende Ansprüche an den Staat verfestigt und neue geweckt.

Die Humankapitalentwicklung der Mutter allerdings, die ihren Job betreuungs-

bedingt zeitweise aufgegeben hat, bleibt von diesen monetären Erleichterungen gänzlich unberührt: Während sich das Paar über die Entlastung der Haushaltskasse freut, schrumpft das weibliche marktnahe Humankapital. Speziell das Elterngeld mindert zwar die direkten Lohnausfälle der Frau während der ersten zwölf Lebensmonate des Kindes; die Folgekosten, die erst nach der Rückkehr in den Vollzeitjob entstehen, fallen jedoch in voller Höhe an. In Zeiten instabiler Eheverträge sind diese Kosten als Spezialisierungsrisiko zu begreifen, auf denen die Frau im Fall des Falles „sitzen bleibt“. Und dass Geburtsaufschiebung mit Risikoreduktion verbunden ist, belegt die ökonomische Rationalität eines stetig steigenden Erstgeburtsalters, das in Deutschland mittlerweile 30 Jahre erreicht hat.

Wie lässt sich der aufgezeigte Schattenpreis von Kindern umgehen? Durch den (gesellschaftspolitisch unerwünschten) Verzicht auf Kinder oder durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Kinder und Beruf vereinbar machen. An diesem Punkt jedoch lassen die Wahlprogramme die erhoffte Präzision vermissen. Dabei ist längst klar, welche Öffnungszeiten von Kitas benötigt werden, um zu anspruchsvollen Jobs oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze hin und wieder zurück pendeln zu können, ohne dass einem jeder Verkehrsstau den Schweiß auf die Stirn treibt.

Über das Betreuungsangebot hinaus gehören auch die vom Steuer- und Transfersystem selbst ausgehenden Erwerbsanreize auf den Prüfstand, doch leider finden sich auch diesbezüglich zumeist vage Absichtsbekundungen in den Programmen. Die einfache Botschaft des FDP-Programms, die Zweitverdienst-feindliche Steuerklasse V mittelfristig abschaffen und bis dahin das Elterngeld zumindest am Bruttoeinkommen orientieren zu wollen, um Frauen nicht doppelt zu bestrafen, ist eine löbliche Ausnahme. Auch der Plan von CDU/CSU, die Anspruchsdauer des Elterngeldes am Umfang der Erwerbstätigkeit in Elternzeit auszurichten und dadurch einen frühzeitigen Wiedereinstieg in den Beruf zu fördern, geht in die richtige Richtung, denn der Umfang der erlittenen Einbußen an Humankapital und Einkommen lässt sich in der Tat durch Unterbrechungsverkürzung deutlich reduzieren.

Alles in allem verbleibt nach detailliertem Studium der Wahlprogramme ein fahler Nachgeschmack. Wieder einmal werden finanzielle Wohltaten versprochen, die angeblich nichts kosten. Nach wie vor unerkannt die Einsicht, dass weniger Geld zu verteilen ist und dennoch ein viel größeres Rad gedreht werden muss: Die Herausforderung, die Arbeitsteilung in Wirtschaft und Gesellschaft so umzuorganisieren, dass jede und jeder seinen Begabungen entsprechend eingesetzt wird.

Da das Wissen um diese Begabungen dezentral vorhanden ist, sollten auch elterliche Zeitverwendungsentscheidungen in den Haushalten getroffen werden und sich dabei möglichst an echten Preisen orientieren. Betreuungsgebühren abzuschaffen heißt, ein knappes Gut – pädagogisch wertvolle Erziehungsarbeit – künstlich zu verbilligen und damit Fehlallokationen von Ressourcen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite der Dienstleistung Vorschub zu leisten. Frauen, die auskömmliche Markteinkommen erzielen, sind auch in der Lage, für eine in Anspruch genommene Dienstleistung zu zahlen. Aufgabe der Politik ist es daher nicht, Betreuungsgebühren abzuschaffen, sondern für Rahmenbedingungen zu Erzielung solcher Einkommen zu sorgen. (Dies gilt zumindest so lange, wie staatliche Kinderbetreuung als Konsumgut substitutional zur elterlichen Betreuung aufgefasst wird, jenseits eines staatlichen Bildungs- oder Integrationsauftrages.)

Das familienpolitische Regelwerk muss so eingestellt sein, dass Eltern Anreize haben, frühzeitig in den Arbeitsmarkt zurückzukehren und die Möglichkeit, dort dauerhaft ausbildungsadäquat tätig zu sein. Von verbesserten beruflichen Teilhabeperspektiven der Eltern profitierten mittelfristig nicht nur die Geburtenrate, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität von Familien und die Entwicklungschancen von Kindern.